

VhU . Postfach 50 05 61 . 60394 Frankfurt am Main

An die

Vorsitzenden der
Fraktionen des Hessischen Landtags

Mitglieder des Ausschusses für
Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz des
Hessischen Landtags

Frau Staatsministerin Priska Hinz, MdL

31. August 2021

Ausschussberatung zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Schutzes des Bannwaldes in Hessen // Drucks. 20/6049

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 7. Juli 2021 wurde das „Gesetz zur Stärkung des Schutzes des Bannwaldes in Hessen“ durch die Regierungsfractionen in den Hessischen Landtag eingebracht. Damit würden Vorhaben der Rohstoffgewinnung in Bannwäldern künftig ausgeschlossen werden.

Die Unternehmen und Verbände der hessischen Rohstoffwirtschaft und der Bauwirtschaft lehnen das Gesetz aus folgenden ökologischen und ökonomischen Gründen ab:

1. Regionale Versorgungssicherheit mit Sand, Kies und Hartsteinen gefährdet

Mineralische Rohstoffe wie Kies, Sand und Granit sind ortsgebunden. Sie können nur dort abgebaut werden, wo sie vorhanden sind. In Südhessen sind einige besonders hochwertige Rohstoffvorkommen von Bannwaldflächen überlagert.

In Hessen wurden gemäß der Lagerstättenerhebung im Jahr 2016 ca. 7,3 Mio. Tonnen Sand und Kies gefördert. Die direkt vom Bannwald betroffenen Betriebe produzierten dabei ca. 1 Mio. Tonnen. Wir gehen davon aus, dass in Hessen ca. 110 Hektar Abbaufächen von Bannwald überplant sind. Dem stehen 19.000 ha Bannwald in Hessen gegenüber. Vom gesamten hessischen Bannwaldbestand wären damit nur 0,58 Prozent betroffen. Dieser verhältnismäßig kleine Anteil an Rohstoffgewinnung im Bannwald ist dabei ins Verhältnis zu setzen zur hohen Bedeutung für die regionale Rohstoffversorgung, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet.

Derzeit wird die Versorgung der Region Südhessen und des Großraums Frankfurt nur noch von wenigen Sand- und Kieswerken sichergestellt. Sollte die Änderung des Bannwaldgesetzes wie vorgeschlagen beschlossen werden, wird dies dazu führen, dass mittelfristig mehrere Betriebe ihre Gewinnungstätigkeit einstellen müssten. Die regionale Versorgung des Großraums Frankfurt mit Sand und Kies wird dann nicht mehr gewährleistet sein. Bereits jetzt bestehen am Markt Versorgungsengpässe für bestimmte Körnungen an Sand und Kies. Dieser Versorgungsengpass wird sich perspektivisch dramatisch verschlechtern.

Die Baurohstoffindustrie ist eine bedarfsdeckende Branche. Es wird nur das produziert, was vom Markt nachgefragt wird.

Es kann uns aus vielen Gründen nicht egal sein, woher wir unsere Massenschüttgüter wie Sand und Kies beziehen. Hessen kann auch nicht darauf setzen, von anderen Regionen weiterhin auch in Zukunft mit Sand und Kies beliefert zu werden. Zum besseren Verständnis: aktuell deckt Hessen ca. 50 % seines Sand- und Kiesbedarfs von außerhalb Hessens. Hessen muss in der Lage sein, einen wesentlichen Teil seines eigenen Rohstoffbedarfs aus eigenen Quellen zu decken.

2. Regionale Rohstoffgewinnung leistet wertvollen Beitrag zum Naturschutz

Rohstoffgewinnung erfolgt in Südhessen bereits heute unter höchsten naturschutzfachlichen Standards und unter ökologischer Baubegleitung. Für jedes Gewinnungsvorhaben sind Ausgleichsmaßnahmen und Rekultivierungsaufgaben für die Betreiber verpflichtend. So wird sichergestellt, dass dort, wo ein Eingriff erfolgt, auch der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt, in vielen Fällen sogar verbessert wird.

Die Flächeninanspruchnahme durch Rohstoffgewinnungsvorhaben erfolgt nur zeitlich begrenzt. Die sich an die Rohstoffgewinnung anschließende Rekultivierung, zu der die Betreiber auch verpflichtet sind, bietet die Chance unseren Wald mittelfristig angepasst an den Klimawandel aufzuforsten. Die Rohstoffindustrie hat entgegen der Kritik gezeigt, dass die Rekultivierung erfolgreich ist. Der auf den rekultivierten Flächen aufgeforstete Wald hat alle Möglichkeiten, sich voll zu entwickeln und wird durch die Pflanzung klimaangepasster Baumarten künftigen Herausforderungen des Klimawandels gegenüber besser als vorher gewappnet sein.

3. Regionale Rohstoffgewinnung trägt zu mehr Artenvielfalt bei

Rohstoffgewinnungsstätten bieten während der Gewinnung seltene dynamische Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten, die diese, insbesondere in den hochverdichteten Regionen Hessens, so in der Natur – auch im Bannwald – nicht vorfinden können. Diese bedrohten Arten werden nicht durch den Rohstoffabbau gefährdet, sondern sind gerade auf diesen angewiesen. Die Rohstoffindustrie leistet einen wichtigen Beitrag zu mehr Artenvielfalt in Hessen. Ein Ende des Rohstoffabbaus würde zu einer Verdrängung dieser seltenen Tier- und Pflanzenarten aus der Region führen, da diesen der Lebensraum genommen wird.

4. Regionale Rohstoffgewinnung schützt das Klima

Die Klimaschutzfunktion des Bannwaldes steht außer Frage. Es schadet dem Klima aber um ein Vielfaches mehr, wenn benötigte Baurohstoffe nicht, wo dies möglich ist, aus regionalen Gewinnungsstätten gefördert werden, sondern über weite Wege dorthin zu transportieren, wo sie am Ende gebraucht werden. Dies belastet die Infrastruktur und führt zur Emissionen, die bei einer ortsnahen Versorgung gerade vermieden werden.

5. Wohnungs- und Infrastrukturbau braucht regionale Rohstoffe

Laut Wohnraumbedarfsprognose werden bis 2040 im Gebiet des Regierungspräsidiums Darmstadt 307.000 zusätzliche Wohnungen benötigt. Dazu kommt der Infrastrukturbau zum Erhalt und Ausbau der öffentlichen Verkehrswege. Für beide Bedarfe – Wohnraum und Verkehrswege – werden auch weiterhin große Mengen an Primärrohstoffen, insbesondere in Südhessen, benötigt.

Zusammenfassung

Die geplante Änderung des Bannwaldgesetzes wird dazu führen, dass künftig die Versorgungssicherheit mit regionalen Baustoffen nicht mehr gewährleistet wird. Es werden durch längere Transportwege vermeidbare CO₂ Emissionen erzeugt und bedrohte Tier- und Pflanzenarten ihren Lebensraum verlieren. Wir nehmen uns zudem die Chance, perspektivisch unseren Wald durch vorausschauende Renaturierung ehemaliger Rohstoffgewinnungsflächen zukunftsfähig zu gestalten.

Es wäre zum Schutz unserer Bannwälder ein Ansatz zu bevorzugen, bei dem man die Chancen, die die Rohstoffgewinnung nachweislich bietet, tatsächlich auch nutzt, anstatt diese auszuschließen. Wenn der Bannwald gestärkt werden soll, muss sichergestellt werden, dass Rohstoffgewinnung und Schutz des Bannwaldes kombiniert werden. Ehemalige rekultivierte Rohstoffgewinnungsflächen könnten beispielsweise zu Bannwald erklärt werden.

Wir bitten Sie, von der Verschärfung des Bannwaldschutzes abzusehen.

Freundliche Grüße



Dr. Matthias Schlotmann

Arbeitgeberverband Steine und Erden Hessen und Thüringen e.V.

Bundesverband Keramische Rohstoffe und Industrieminerale e.V.

Hauptgeschäftsführer

schlotmann@uvsek.de



Dr. Burkhard Siebert

Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e.V.

Hauptgeschäftsführer

siebert@bauindustrie-mitte.de



Philipp Rosenberg

Industrieverband Steine und Erden e. V. Neustadt/Weinstraße

Geschäftsführer

philipp.rosenberg@ivn.de

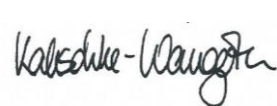


Rainer von Borstel

Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen e.V.

Hauptgeschäftsführer

vonborstel@bgvht.de



Dorothea Kaleschke-Weingarten

Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V.

Geschäftsführerin

dorothea.kaleschke-weingarten@vero-baustoffe.de



Thomas Reimann

Vereinigung der hessischen Unternehmervverbände e.V.

VhU-Vizepräsident und Vorsitzender des VhU-Bau- und Immobilienausschusses

thomas.m.reimann@alea-ag.de